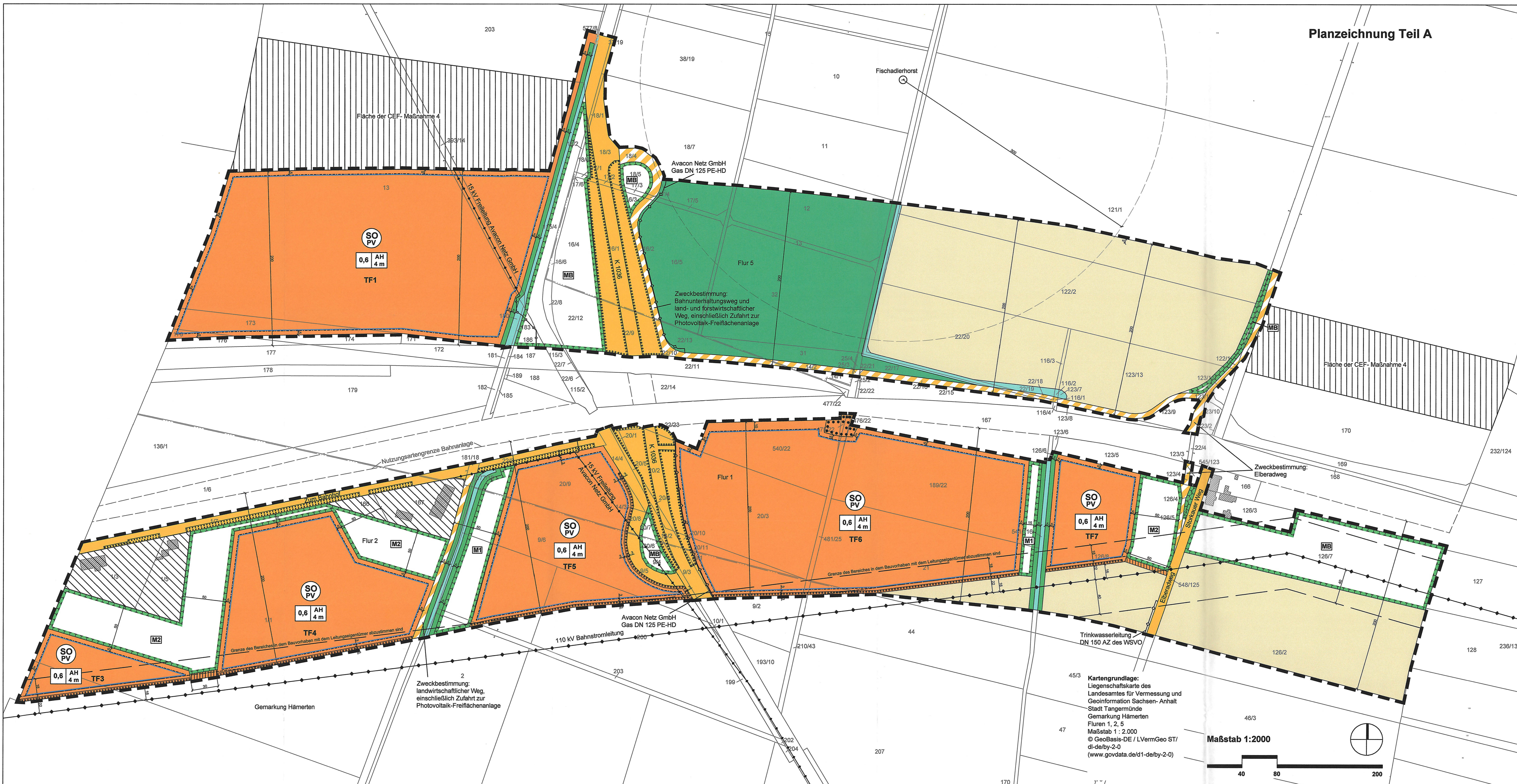


Ergänzende Maßgaben des Umweltberichtes zur Berücksichtigung im Rahmen der Umsetzung des Bebauungsplanes

- V01 Die Flächen zwischen und unter den Modulen sind mittels Ansaat mit gebiets-typischem, artenreichen Saatgut aus dem Produktionsraum nordostdeutsches Tiefland als extensives Grünland zu entwickeln. Pflegemaßnahmen sind entsprechend dem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Maßnahmen V 11, V 12 und CEF 1-3) zu berücksichtigen.
- V02 Der Abstand der Module vom Boden muss zur Gewährleistung einer dauerhaft geschlossenen Vegetationsdecke mindestens 0,80 m betragen. Der Reihenabstand zwischen den Anlagereihen soll mindestens 2,5 Meter betragen.
- V03 Die im räumlichen Geltungsbereich wachsenden Gehölze sind während der Errichtung der Anlage und bei der späteren Unterhaltung vor Beeinträchtigungen zu schützen. Die Gehölzbestände, insbesondere die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorhandenen geschützten Baumreihen und die Schutzgebiete der Gehölzschutzverordnung, sind vor Beeinträchtigungen aller Art zu schützen. Die Bestimmungen der DIN 18820 und der RAS-LP4 Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil, Landschaftsflüge, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsflächen und Tieren bei Baumaßnahmen sind bezüglich der Festlegungen zum Gehölzschutz bei Bauarbeiten umfassend einzuhalten.
- V04 Durch einen angemessenen Bodenabstand des Zaunes mindestens 15 und der Verwendung von ungefährlichen Materialien (z.B. kein Stacheldraht) ist ein Durchlass für Kleinsäuger zu gewährleisten.
- V05 Bodenversiegelungen sind weitgehend zu vermeiden. Die für Zuwegungen sowie Lager- und Stellplätze benötigten Flächen sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Bereits durch Verdichtung und Versiegelung vorbelastete Flächen sind für die Einrichtung von Lager- und Stellplätzen zu bevorzugen. Vorhandene Erschließungswege sind zu nutzen. Eventuelle Bodenverdichtungen sind nach Abschluss der Baumaßnahmen zu brechen. Zusätzliche Erschließungswege sind in ungebundener Bauweise herzustellen.
- V06 Der Oberbodenabtrag ist auf ein Minimum zu reduzieren. Der Aushub von anfallendem Oberboden z.B. bei Kabelgräben ist vor Ort getrennt zu lagern und fachgerecht wieder einzubauen.
- V07 Mit wassergefährdenden Stoffen ist sachgemäß, entsprechend den Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) umzugehen. Bei der Herstellung, dem Betrieb, der Wartung und Instandsetzung sowie Reinigung der Anlagen dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in das Grundwasser gelangen. Die Solarmodule sind ausschließlich mit Wasser, ohne den Zusatz von Reinigungsmitteln zu reinigen.
- V08 Zum Schutz des Landschaftsbildes sind ausschließlich reflektions- bzw. blendarme Solarmodule zulässig, die zum Zeitpunkt der Errichtung der Photovoltaik-Freiflächenanlagen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen.
- A01 Anpflanzung der Laubgehölzhecken  
Für die Pflanzung sollen 2 x verpflanzte Sträucher mit einer Höhe von 80 - 100 cm, 2 x verpflanzte Heister mit einer Höhe von 180 - 200 cm oder Hochstämmen mit einem Stammumfang von 8 - 10 cm verwendet werden. Die Auswahl der Gehölze erfolgt anhand der Liste der im Landkreis Stendal heimischen Gehölzarten. Für den Standort ist nachweislich Pflanzmaterial mit Herkunft aus dem mittel- und ostdeutschen Tiefland und Hügelland (Herkunftsgebiet 2) zu verwenden. Nach der Pflanzung sind die Gehölze über einen Zeitraum von 5 Jahren zu pflegen (1 Jahr Fertigstellungspflege, 4 Jahre Entwicklungspflege) und im Anschluss daran dauerhaft zu erhalten. Die Hecke ist natürlich aufzuwachen zu lassen. Die dauerhafte Pflege der Fläche wird auf den jeweiligen Bauherrn übertragen. Abgängige Gehölze sind durch gleichwertige Gehölze zu ersetzen. Aufgrund der Randlage zum Offenland sind die Gehölze durch einen Verblesschutzzaun vor Wildverbiss zu schützen und es sind Stützen für Greifvögel einzuplanen. Die Herstellung der Pflanzungen sind bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Stendal schriftlich anzuzeigen und eine Abnahme unter Beteiligung der Behörde zu veranlassen.
- A02 Anlage von Wildkorridoren (Maßnahme M1)  
Die in der Planzeichnung mit M1 festgesetzten Flächen sind als Wildkorridor durch die Entwicklung von extensivem Grünland mit Feldgehölzinseln aus standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen zu entwickeln. Die Feldgehölzinseln sollen etwa 20% der Fläche umfassen und über die Fläche so verteilt werden, dass in Abständen von höchstens 30 Meter jeweils auf der Längsachse der Fläche Feldgehölzinseln angeordnet werden. Bestehende Gehölze sind zu erhalten und in die Gestaltung einzubeziehen. Die Ansaat, Anpflanzung, Pflanzmaterial, Pflege und Abnahme der Maßnahme ist entsprechend der Maßnahmen V 01 und A 01 vorzusehen.
- A03 Stilllegung von Ackerflächen (Maßnahme M2)  
Auf den in der Planzeichnung mit M2 festgesetzten Flächen ist die ausgeübte Ackernutzung einzustellen. Die Flächen werden für die Zeit des Betriebes der Photovoltaik-Freiflächenanlagen stillgelegt. Die Flächen sollen zwei Jahre vor Ende März oder nach Mitte Oktober zu mähen. Auf den Flächen vorhandene Gehölz- und Grünlandbereiche sind zu erhalten. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Dünger ist nicht gestattet.

Maßnahmen des Artenschutzes

- V09 Stellen eines Reptilienschutzzaunes und Evaluierung von Zaunelementen  
Das Baufeld ist unmittelbar vor Baubeginn zu angrenzenden Zaunelementen- und Amphibienhabitaten entlang der Baugrenze durch einen Reptilienzaun abzugrenzen. Dabei ist die Baugrenze so zu wählen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten außerhalb des Baufeldes liegen. Einzelne müssen vor Baubeginn evaluiert und in die Ursprungshabitate außerhalb des Baufeldes umgesetzt werden. Entlang der Schutzzäune werden hierfür künstliche Verstecke eingesetzt, die den Zugriff auf Tiere erleichtern. Der Reptilienschutzzaun darf erst nach Ende der Baumaßnahme entfernt werden. Der Zaun darf nur im Monat April zurückgebaut werden.
- V10 Erhalt und Schutz vorhandener Zaunelementenlebensräume  
Um Gefährdungen von Tieren in angrenzenden Zaunelementenhabitaten durch Baustellenverkehr zu vermeiden, sind die im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag mit V2 bezeichneten Wege von der Nutzung als Baustellenzufahrt auszuschließen.
- V11 Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit  
Um Beeinträchtigungen bodenbrütender Vögelarten zu vermeiden, soll die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit, d.h. im Zeitraum zwischen 1. Oktober und 28. Februar.
- V12 Pflege der Photovoltaik-Freiflächenanlage angepasst an die Aktivitätsphase der Zaunelementen  
Das Mahd- bzw. Beweidungsregime der Photovoltaik-Freiflächenanlage ist an die Aktivitätsphase der Zaunelementen anzupassen. Die Flächen werden 1x jährlich entweder vor Ende März oder nach Mitte Oktober extensiv gemäht. Schwere Maschinen oder Mähroboter dürfen dabei nicht eingesetzt werden. Der Einsatz von Herbiziden ist nicht gestattet. Der Brandschutztreifen darf zum Schutz der Etlablagen und Jungtiere nur zwischen Anfang November und Anfang März und maximal bei 15 cm tief umgetrocknet werden.
- CEF 1 Habitatkorridore innerhalb der Photovoltaik-Freiflächenanlage  
Zur Förderung der Besiedlung der Photovoltaik-Freiflächenanlage durch Brutvögelarten des Offen- und Halboffenlandes sind im Abstand von jeweils maximal 100 m die Modulreihen durch Habitatkorridore zu unterbrechen. Diese Habitatkorridore sind mindestens 11 m breit und funktional mit aufgewählten Randbereichen zu verbinden. Innerhalb der Habitatkorridore werden Hauptwerke für Zaunelemente (CEF 2) angelegt. An den Endpunkten der Habitatkorridore sind temporäre Kleingewässer (CEF 3) mit einer Größe von jeweils ca. 40 m² anzulegen. Es erfolgt die Einsatz von Saatgut regionalen Ursprungs und eine einschürige Mahd mit Abtransport des Mahdgutes unter Beachtung der Aktivitätsphasen der Zaunelemente (V 03). Die Habitatkorridore sind alternierend und nur jeweils zur Hälfte der Fläche pro Jahr pro Mahd zu pflegen. Die andere Hälfte bleibt unberührt und dient im Winterhalbjahr als Versteckmöglichkeit und Nahrungshabitat. Die Pflegeflächen und Ruheflächen ohne Pflege wechseln jährlich. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Dünger ist nicht gestattet.
- CEF 2 Anlage von Hauptwerken für Zaunelemente  
Bau von insgesamt 68 Hauptwerken in den Habitatkorridoren (CEF 1) und geeigneten Randbereichen:  
- Hauptwerkgröße: Länge ca. 6 m, Breite 2 bis 2,5 m, Höhe ca. 1,5 m hoch  
- Einschüttung von je ca. 4 Tonnen gewaschener Sand als Schüttgöl  
- Eintrag von je 4 m³ Totholz in Form von Wurzelstüben und je 4 Tonnen Naturstein (Kantenlänge 15 bis 40 cm) pro Hauptwerk  
- Schichtabstellung Sand, Steine und Totholz  
- Die Hauptwerke sind der Sukzession zu überlassen, wodurch im Laufe der Zeit Deckung und unterschiedlich temperierte Bereiche entstehen. Die Sandflächen sind regelmäßig freizustellen, damit die Funktionalität als Eiablage gewährleistet bleibt.
- CEF 3 Anlage temporärer Stillgewässer  
Jeweils an den Endpunkten von Habitatkorridoren (CEF 1) ist ein Kleingewässer anzulegen, welche eine Größe von ca. 40 m² und eine durchschnittliche Wassertiefe von ca. 40 cm hat und an der tiefsten Stelle ca. 100 cm tief ist. Die Anlage erfolgt als Folienleitch mit Bewässerung über Regenwasseransammler der benachbarten Photovoltaik-Module. Die Kleingewässer sollen an der tiefsten Stelle über einen Ablass verfügen, von dem aus das Wasser in ein benachbartes Vorflutungsbecken abgelassen werden kann. Insgesamt sind 5 solcher Kleingewässer anzulegen. Details zur Herstellung beinhaltet der artenschutzrechtliche Fachbeitrag.
- CEF 4 Anlage von extensiven Mahwiesen  
Als Kompensation für den Verlust von Bruthabitaten der Feldlerche erfolgt die Anlage von extensiven Mahwiesen auf einer Fläche von 6,2 ha. Die Kompensationsfläche besteht aus zwei Teilflächen. Die Teilfläche 1 liegt auf dem Flurstück 13 (Gemarkung Hämerten, Flur 1) und die Teilfläche 2 auf dem Flurstück 122 (Gemarkung Hämerten, Flur 11) sowie des Ellerabweges. Die Lage der Teilflächen ist in der Planzeichnung verzeichnet. Die Anlage erfolgt durch Einsatz von Saatgut regionalen Ursprungs. Die Flächen sind alternierend und nur jeweils zur Hälfte der Fläche pro Jahr pro Mahd zu pflegen. Die andere Hälfte bleibt unberührt und dient im Winterhalbjahr als Versteckmöglichkeit und Nahrungshabitat. Die Pflegeflächen und Ruheflächen ohne Pflege wechseln jährlich. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Dünger ist nicht gestattet. Die Maßnahme muss bereits während der Errichtung der Photovoltaik-Freiflächenanlage funktionsfähig sein, d.h. die Bewirtschaftung ist ab Baubeginn auf diese Weise sicherzustellen.



Planzeichenerklärung (§ 2 Abs. 4 und 5 PlanZV)

I. Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)

1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- sonstige Sondergebiete (§ 11 Abs. 2 BauNVO)
- Teilflächen der Sondergebiete für die eine Einzünung unzulässig ist
- Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Photovoltaik - Freiflächenanlagen
- Grundflächenzahl (GRZ)
- Gesamthöhe baulicher Anlagen als Höchstmaß über der natürlichen Geländeoberfläche (Ausnahmen siehe § 2 textliche Festsetzungen)
- überbaubare Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

3. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

- Straßenverkehrsflächen
- Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung laut Planeintrag

4. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- private Grünflächen
- Zweckbestimmung Gewässerandstreifen

5. Wasserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

- Flächen der Gewässer II. Ordnung, die sich auf eigenen Flurstücken befinden
- erforderliche Zufahrten zu den Sondergebieten über Gewässer II. Ordnung

6. Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 BauGB)

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für Wald

7. Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

- Umgrenzung der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 4 BauGB)
- festgesetzte Maßnahme M1 gemäß textlicher Festsetzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- festgesetzte Maßnahme M2 gemäß textlicher Festsetzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- nachrichtlich übernommene Maßnahme aus der Planfeststellung der Schnellfahrstrecke Berlin Hbf. - Lehre (§ 9 Abs. 4 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 4 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

8. sonstige Planzeichen

- mit Leitungsrechten zugunsten einer 110 kV Bahnstromleitung belastete Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- sonstige oberirdische Leitung
- von den Festsetzungen des Bebauungsplanes ausgenommen sonstige Flächen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Fläche der CEF - Maßnahme 4

Teil B: Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan

- § 1 sonstige Sondergebiete gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO
- (1) Zweckbestimmung: Die sonstigen Sondergebiete dienen der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Energiegewinnung aus solarer Strahlungsenergie auf Grünland.
- (2) In den Sondergebieten sind zulässig:  
Anlagen und Einrichtungen zur Gewinnung von Elektroenergie aus solarer Strahlungsenergie, Wechselrichter, Anlagen zur Speicherung und Abgabe elektrischer Energie und Transformatorenstationen einschließlich der Zufahrten und Nebenanlagen für die vorstehenden Nutzungen.
- § 2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- (1) Die in der Planzeichnung festgesetzte Anlagenhöhe darf durch Anlagen, die der Beleuchtung, dem Objektschutz und der Überwachung des Standortes dienen, ausnahmsweise bis zu einer Höhe von 10 m überschritten werden.
- (2) Der Abstand zwischen den Solarpaneelfreihöhen hat mindestens 2,5 Meter zu betragen. Nach jeweils 100 Metern ist der Abstand für eine Reihe auf mindestens 11 Meter zu erhöhen (siehe artenschutzrechtliche Maßnahme CEF 1).
- § 3 überbaubare Flächen, Stellung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- (1) Eine geringfügige Überschreitung der Baugrenze durch Anlagenteile von bis zu einem Meter ist zulässig (§ 23 Abs. 3 BauNVO).
- (2) Photovoltaikanlagen sind im Plangebiet so aufzustellen, dass die Ausrichtung Module in Richtung Süden erfolgt.
- (3) Zaunanlagen bis zu 2,50 Meter Höhe über der Bodenoberfläche sind als Metallgitter- oder Metallgitterzaune mit Obersteckschutz auch außerhalb der Baugrenzen in den Sondergebieten zulässig. Satz 1 gilt nicht für die gekennzeichneten Flächen, auf denen Einzünungen unzulässig sind. Die Zaunanlagen und deren Unterkannte sind für Kleinsäuger durchlässig zu gestalten, um Barriereeffekte zu vermeiden. Hierzu ist ein Mindestabstand der waagerechten Zaunelemente von 15 cm zur Bodenoberfläche einzuhalten.
- (4) Außerhalb der überbaubaren Flächen zulässige bauliche Nebenanlagen mit Ausnahme von transparenten Einfriedungen müssen einen Mindestabstand von 3 Metern zu Gebäuden, die zur Erhaltung festgesetzt sind, einhalten.
- § 4 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)
- (1) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wird festgesetzt, dass im Sondergebiet nur Photovoltaik-Freiflächenanlagen als aufgeständerte Anlagen mit einem Bodenabstand der Module von mindestens 80 cm und einem Reihenabstand von mindestens 2,5 Meter auf Rampenposten errichtet und maximal 2% der Fläche des Baugrundstücks durch die Rampenposten, die Trafostationen und Speicher vollständig versiegelt werden dürfen. Zuwegungen und Feuerwehraufstellplätze innerhalb der Sondergebiete für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sind nur mit wassergebundenen Befestigungen zulässig. Die durch die in den Sätzen 1 und 2 angeführten Anlagen überdeckten Flächen sind insgesamt 6% der Grundstücksfläche begrenzt. Die Rampenposten müssen rückstandslos reversibel sein. Die unversiegelten Flächenanteile unterhalb und zwischen den Photovoltaikanlagen sind gemäß den Maßnahmen V01, V11, V12 und CEF 1-3 mit Ausnahme der Zufahrten zu extensiv gepflegten Grünlandflächen mit den entsprechenden Maßnahmen für die Zaunelemente zu entwickeln. Zusätzliche vollversiegelnde Oberflächenbefestigungen sind zwischen den Anlagen unzulässig.
- (2) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wird festgesetzt, dass die in der Planzeichnung mit M1 festgesetzten Flächen als Wildkorridor durch Entwicklung von extensivem Grünland mit Feldgehölzinseln aus standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen zu entwickeln sind. Die Feldgehölzinseln sollen etwa 20% der Fläche umfassen und über die Fläche so verteilt werden, dass in Abständen von höchstens 30 Meter jeweils auf der Längsachse der Fläche Feldgehölzinseln angeordnet werden. Bestehende Gehölze sind zu erhalten und in die Gestaltung einzubeziehen.
- (3) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wird festgesetzt, dass auf den in der Planzeichnung mit M2 festgesetzten Flächen die ausgeübte Ackernutzung einzustellen ist. Die Flächen werden für die Zeit des Betriebes der Photovoltaik-Freiflächenanlagen stillgelegt. Die Flächen sind mindestens in Abstand von 2 Jahren nach dem 15. August zu mähen bzw. bei Erfordernis zu mulchen. Auf den Flächen vorhandene Gehölz- und Grünlandbereiche sind zu erhalten.
- (4) Die in der Planzeichnung mit MB bezeichneten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft sind nachrichtlich übernommene Maßnahmen der Planfeststellung der Schnellfahrstrecke Berlin Hbf. - Lehre.
- (5) Auf den innerhalb der Sondergebiete für Photovoltaik-Freiflächenanlagen gelegenen Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine Gehölzhecke aus einheimischen, standortgerechten Laubgehölzen anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Zur Ausführung siehe ergänzende Maßgaben des Umweltberichtes. Im in der Planzeichnung dargestellten Freilegungsbereich der Bahnstromleitung ist durch eine geeignete Artenauswahl der Anpflanzungen sicherzustellen, dass diese eine Wuchshöhe von 3,5 Metern nicht überschreiten.
- (6) Die innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen gelegenen Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind nachrichtlich übernommene Maßnahmen der Planfeststellung der Schnellfahrstrecke Berlin Hbf. - Lehre.
- § 5 Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Die festgesetzten privaten Grünflächen dienen als Gewässerandstreifen der Arrondierung und Unterhaltung der Gewässer. Auf den Flächen befindliche Gehölzbestände sind zu erhalten.



Stadt Tangermünde

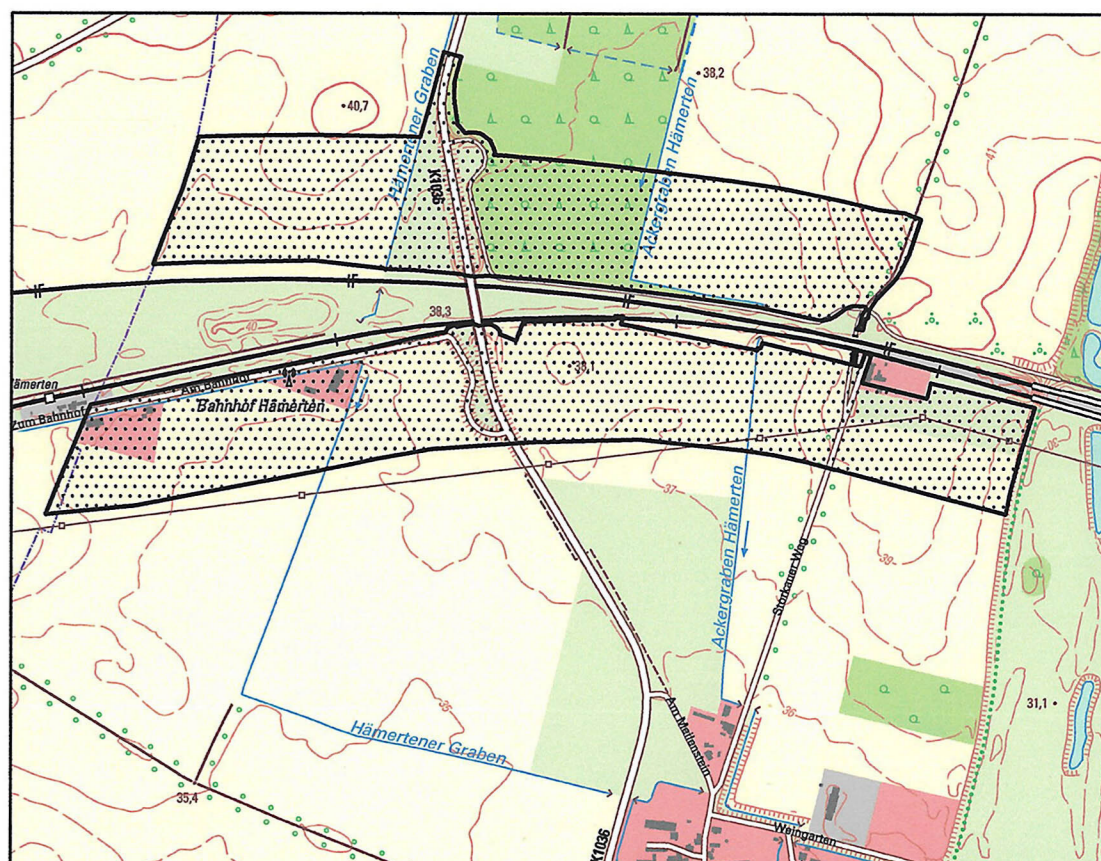
Landkreis Stendal

Bebauungsplan

"Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Hämerten"

Urschrift

Maßstab 1:2000



Büro für Stadt-, Regional- u. Dorplanning, Dipl.-Ing. J. Funke  
39167 Inxleben, Abteistraße 14a

Ausschnitt aus der TK10 des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, TK 10 22021 © GeoBasis-DE / LVermGeo ST/d-deby-2-0 (www.govdata.de/d1-deby-2-0)

<p>Die Aufstellung des Bebauungsplanes "Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Hämerten" beschlossen</p> <p>von Stadtrat der Stadt Tangermünde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 28.06.2023 bekanntgemacht am 17.10.2024</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>	<p>Für den Entwurf des Bebauungsplanes</p> <p>Büro für Stadt-, Regional- u. Dorplanning Dipl.-Ing. Jacqueline Funke 39167 Inxleben / Abteistraße 14a</p> <p>Inxleben, den 30.10.2025</p> <p>Architekt für Stadtplanung</p>	<p>Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde durchgeführt</p> <p>Veröffentlichung im Internet und ergänzend durch eine Auslegung in der Stadtverwaltung Tangermünde vom 19.08.2025 bis 23.07.2025 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Ort und Datum der Auslegung am 17.10.2024 gemäß Hauptsatzung bekanntgemacht)</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>	<p>Den Entwurf des Bebauungsplanes zur Veröffentlichung beschlossen</p> <p>von Stadtrat der Stadt Tangermünde gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am 28.05.2025. Der Entwurf wurde vom 19.08.2025 bis 23.07.2025 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Internet veröffentlicht und ergänzend in der Stadtverwaltung der Stadt Tangermünde öffentlich ausgelegt (Ort und Datum der Veröffentlichung am 12.08.2025 gemäß Hauptsatzung bekanntgemacht)</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>	<p>Als Satzung beschlossen</p> <p>von Stadtrat der Stadt Tangermünde gemäß § 10 BauGB am 29.10.2025</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>	<p>Satzung über den Bebauungsplan "Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Hämerten"</p> <p>Auf Grund des § 1 Abs. 3 und § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.12.2017 (BGBl. I S. 3534), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. I Nr. 394) und des § 8 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) wird nach Beschlussfassung durch den Stadtrat vom 29.10.2025 die Satzung über den Bebauungsplan "Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Hämerten" ausgesetzt.</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>	<p>Inkraftgetreten</p> <p>Das Inkrafttreten sowie Ort und Zeit der Einsichtnahme in die Satzung sind am 29.10.2025 gemäß Hauptsatzung bekannt gemacht worden. Damit ist der Bebauungsplan rechtsverbindlich.</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>	<p>Planerhaltung § 215 BauGB</p> <p>Eine nach § 214 BauGB beachtliche Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie beachtliche Mängel des Bebauungsplans sind innerhalb eines Jahres nicht geltend gemacht worden.</p> <p>Tangermünde, den 30.10.2025</p> <p>Der Bürgermeister</p>
--	--	---	--	---	---	--	---